

EINE EUROPÄISCHE STRATEGIE FÜR DAS INTEGRIERTE KÜSTENZONENMANAGEMENT (IKZM)

Allgemeine Prinzipien und politische Optionen



EUROPÄISCHE KOMMISSION



Europäische Kommission

Eine europäische Strategie für das integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM):

Allgemeine Prinzipien und politische Optionen

Ein Reflexionspapier*

Generaldirektionen
Umwelt, nukleare Sicherheit und Katastrophenschutz
Fischerei
Regionalpolitik und Kohäsion

1999

* Dieses Dokument ist von dem Sachverständigenteam des Demonstrationsprogramms erarbeitet. Es soll eine allgemeine Debatte anregen. Es basiert auf einer Reihe von Hypothesen und greift in keiner Weise der abschließenden Stellungnahme der Kommission vor.

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu.int>).

Bibliographische Daten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 1999

ISBN 92-828-6461-8

© Europäische Gemeinschaften, 1999
Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Printed in Italy

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
1 Einführung	7
1.1 <i>Die Bedeutung der Küstengebiete</i>	7
1.2 <i>Die Herausforderungen des Managements der Küstengebiete</i>	7
2 Allgemeine Prinzipien für das gute Küstenzonenmanagement Europas	11
<i>Haben eine umfassende Betrachtungsweise</i>	11
<i>Basieren auf dem Verständnis der spezifischen Bedingungen in dem betreffenden Gebiet</i>	12
<i>Arbeiten mit natürlichen Prozessen</i>	12
<i>Gewährleisten, daß heute getroffene Entscheidungen keine Optionen für die Zukunft ausschließen</i>	12
<i>Erzielen Konsensbildung durch partizipatorische Planung</i>	13
<i>Sorgen für die Unterstützung und Beteiligung aller relevanten Stellen</i>	14
<i>Verwenden eine Kombination von Instrumenten</i>	14
3 Die Notwendigkeit einer europäischen IKZM-Strategie	15
3.1 <i>Was ist IKZM?</i>	15
3.2 <i>Vielfältigkeit</i>	16
3.3 <i>Die europäische Dimension</i>	18
4 Politische Optionen für eine europäische IKZM-Strategie	19
4.1 <i>Die Rolle der EU</i>	19
4.2 <i>Anpassung einzelner sektoraler EU-Politiken</i>	20
4.3 <i>Sektorübergreifende Koordinierung</i>	23
4.4 <i>Ein rechtlicher Rahmen?</i>	24
4.4.1 <i>Maßnahmen auf europäischer Ebene:</i>	25
4.4.2 <i>Maßnahmen auf nationaler/regionaler/lokaler Ebene:</i>	25
5 Quellennachweis	27
Anhänge	
<i>Anhang I: Leitlinien für die Konsultation</i>	29
<i>Anhang II: Karte der Lage von Demonstrationsprojekten</i>	30
<i>Anhang III: Typologiekarten</i>	32

VORWORT

Das Demonstrationsprogramm der Europäischen Kommission zum integrierten Küstenzonenmanagement wurde im Jahr 1996 als gemeinschaftliche Initiative der GD XI, XIV und XVI initiiert, mit beträchtlichen Beiträgen von anderen GD, insbesondere der GD XII und der GFS sowie der EUA. Das Programm basiert auf 35 lokalen und regionalen Projekten zur Demonstration der Anwendung des IKZM*, einer Reihe von interdisziplinären thematischen Analysen und Forschungsprojekten, ergänzt durch regelmäßige Sitzungen mit einer Sachverständigengruppe (bestehend aus nationalen Sachverständigen und Vertretern von Kommunalverwaltungen, sozioökonomischen Akteuren und NRO) sowie durch eingehende Kontakte mit anderen externen Organisationen.

Das Demonstrationsprogramm soll die in KOM 511/95 dargelegte Hypothese dokumentieren und würdigen, die besagt, daß die fortlaufende Zustandsverschlechterung und das fortgesetzte Mißmanagement vieler europäischer Küstengebiete zurückgeführt werden können auf Probleme im Zusammenhang mit:

- Unzureichender oder unangemessener Information, sowohl über den Zustand der Küstengebiete als auch über die Auswirkungen menschlicher Tätigkeiten (wirtschaftlich und nicht-wirtschaftlich)
- Unzureichender Koordinierung zwischen verschiedenen Ebenen und Fachbereichen der Verwaltung und ihren Politiken
- Unzureichender Beteiligung und Konsultation der relevanten Interessenten und Betroffenen

Das Demonstrationsprogramm soll einerseits konkrete Beispiele der guten Praxis im integrierten Küstenzonenmanagement (IKZM) unter einer Reihe von sozioökonomischen, kulturellen, administrativen und physikalischen Bedingungen liefern, andererseits soll es auch der Ausgangspunkt für die Entwicklung einer **europäischen IKZM-Strategie** zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung von Küstenzonen in der EU sein.

Das vorliegende Dokument hat folglich zwei Ziele:

- ★ Zusammenstellung und Verbreitung der wichtigsten politischen Schlußfolgerungen, die aus den bisherigen Erfahrungen des Demonstrationsprogramms resultieren
- ★ Anregung einer Debatte und Entwicklung eines Konsenses über eine Europäische IKZM-Strategie, die die derzeit vorherrschende Tendenz zur fehlenden Nachhaltigkeit in Küstenzonen in ganz Europa umkehren soll

Diese Strategie wird die verschiedenen rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Instrumente berücksichtigen müssen, die in den Dienst des IKZM gestellt werden könnten, sowie die Bedingungen, unter denen die einzelnen Instrumente zweckdienlich sein könnten. Sie wird auch die relativen Verantwortlichkeiten der verschiedenen Verwaltungsebenen (unter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips) berücksichtigen müssen, sowie die Informationsbasis, die auf jeder dieser Ebenen erforderlich sein wird, damit sie ihre Verantwortlichkeiten übernehmen können. Eine künftige europäische IKZM-Strategie soll nicht die Gesamtsumme der europäischen Ausgaben für Küstengebiete erhöhen, sondern soll Wege aufzeigen, wie die vorhandenen Finanzmittel besser genutzt werden können.

Es besteht die Hoffnung, daß viele der aus diesem Programm resultierenden Prinzipien und Schlußfolgerungen auch für das Management anderer Gebiete des europäischen Territoriums, bei denen es sich nicht um Küstengebiete handelt, und als Leitprinzipien für Kooperationsinitiativen mit unseren Nachbarn in den Mittelmeerländern sowie in den mittel- und osteuropäischen Ländern Anwendung finden könnten.

Dieses Dokument soll all diejenigen Einzelpersonen und Organisationen ansprechen, die am Management unserer Küstengebiete interessiert oder beteiligt sind. Das von dem Sachverständigenteam des Demonstrationsprogramms erarbeitete zugehörige Dokument „Schlußfolgerungen aus dem Demonstrationsprogramm der Europäischen Kommission zum integrierten Küstenzonenmanagement (IKZM)“ ist eine Zusammenstellung von Erfahrungen und Schlußfolgerungen aus dem Demonstrationsprogramm; obwohl es die Grundlage für dieses Dokument ist, wird es wahrscheinlich hauptsächlich für Personen von Interesse sein, die tatsächlich an der Begründung oder Unterstützung einer IKZM-Initiative beteiligt sind. In beiden Dokumenten werden die wesentlichen Punkte durch Fettdruck hervorgehoben.

Reaktionen der Leser auf dieses Dokument — Zustimmung, Widerspruch oder inhaltliche Ergänzungen — sind willkommen, wenn sie den Leitlinien in Anhang I entsprechen.

* Darunter zwei Projekte in Osteuropa und eines in Norwegen (siehe Lageplan in Anhang II).



1 EINFÜHRUNG

1.1 DIE BEDEUTUNG DER KÜSTENGEBIETE

Historisch betrachtet waren die Küstengebiete ein wichtiger Schwerpunkt der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Die Nutzung des Meeres für Verkehr und Handel sowie der von den hochproduktiven Küstengewässern gebotene Nahrungsreichtum förderten die Besiedlung. Viele der Küstenstädte Europas haben eine über Jahrhunderte zurückreichende Kultur und Lebensweise.

Die Küstengebiete sind noch immer Regionen, die ein reiches Potential für unsere moderne Gesellschaft bieten. Die Produktivität von Küstenlagunen, Prielen, Salzmarschen und Mündungsgebieten spielt eine wichtige Rolle für die Lebensmittelerzeugung – durch den Erhalt der Fischerei und der Aquakultur – und für den Schutz der Natur und der Artenvielfalt.

Die Rolle der Küstengebiete ist jedoch viel umfassender und mannigfaltiger; Küstengebiete erfüllen auch Funktionen in bezug auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, das Wirtschaftswachstum und die Lebensqualität, beispielsweise:

- Landwirtschaftliche Erzeugung in Küstenebenen – unter Nutzung küstennaher Wasserressourcen (aus Grundwasserspeichern oder durch Entsalzung)
- Diversifizierung von Tätigkeiten im Bereich der Fischerei
- Energieerzeugung – einschließlich traditioneller Quellen wie Öl und Gas sowie erneuerbarer Quellen auf der Grundlage von Wind und Wellen
- Mobilität und Handel – Hafenstädte, Häfen und Küstenschiffahrtsrouten sind Schlüsselemente der globalen Verkehrsverbindungen
- Fundstätten kulturellen Erbes – sowohl in lebendigen Gemeinden als auch an archäologischen Stätten
- Tourismus, Freizeit, Erholung und Ästhetik – Strände, Wassersport und ansprechende Landschaften
- Wohnmöglichkeiten für den Ruhestand
- Schutz vor den zerstörerischen Kräften des Meeres
- Abbau und Pufferung von Schadstoffen

Küstenregionen und ihre natürlichen Ressourcen (marine und terrestrische) spielen eine strategische Rolle für die Erfüllung der Bedürfnisse und Bestrebungen gegenwärtiger und künftiger europäischer Bevölkerungen.

1.2 DIE HERAUSFORDERUNGEN DES MANAGEMENTS DER KÜSTENGEBIETE

Die Dynamik natürlicher Küstenprozesse, einschließlich von Gezeitenströmungen, Witterungssystemen und Sedimenttransportmechanismen, sowie die hydrologischen Verbindungen zwischen Einzugsgebiet und Küste sind Faktoren, die unsere Fähigkeit zur Aufrechterhaltung menschlicher Tätigkeiten in diesen Gebieten beeinflusst haben. Dies manifestiert sich durch erhöhte Gefahren und steigende Kosten der Erhaltung der Infrastruktur und menschlicher Populationen bei steigendem Meeresspiegel, unabhängig davon, ob dieser eine Folge von Klimawandel oder Erdsenkung ist. Menschliche Tätigkeiten haben diese Probleme in einigen Gebieten verschärft, und zwar durch ungeeignete Lage von infrastrukturellen Anlagen und den Raubbau an lebenden und nichtlebenden Ressourcen. Derartiger Druck durch menschliche Tätigkeiten birgt das Risiko, Lebensräume und die Ressourcengrundlage der Küstengebiete zu zerstören, und mit ihnen die Fähigkeit der Küstengebiete, viele ihrer wesentlichen Funktionen zu erfüllen.

Steigende Bevölkerungszahlen, sowohl durch ständige als auch durch vorübergehende Bewohner, führen zu verschärften Konflikten zwischen konkurrierenden Nutzungsweisen in den Küstenzonen, und zwar sowohl im Bereich der Bodennutzung als auch im Bereich der Nutzung des Meeres. Nutzungsweisen mit geringen Auswirkungen werden häufig durch intensive Nutzungsweisen ersetzt, die zwar kurzfristig profitabel sind, langfristig aber das Potential der Küste durch Verringerung ihrer „Erholungsfähigkeit“ unterminieren.

Leider gibt es keine Anzeichen dafür, daß die Häufigkeit ungeeigneter Nutzungsweisen von Küstenzonen abnimmt. Tatsächlich erhöhen sich mit zunehmenden Bewohner- und Besucherzahlen die Zwänge zur nicht-nachhaltigen Nutzung

ALLGEMEINE PROBLEME IN KÜSTENZONEN:

Planlose Entwicklung, die zu überflüssigen Investitionen, verpaßten Gelegenheiten für dauerhafte Beschäftigung, Verschlechterungen im ökologischen und sozialen Bereich führt. Unkontrollierte Entwicklung – ob im Tourismus oder in anderen Sektoren – kann schnell die natürliche Belastbarkeit von Küstenzonen übersteigen und so zur Verschmutzung und Degradation natürlicher Ressourcen, zur Zerstörung von Landschaften und zur Verschlechterung der Lebensqualität der Bewohner führen. Diese Art der Entwicklung zerstört auch die die Wirtschaftstätigkeit fördernde Ressourcengrundlage, einschließlich der für Touristen attraktiven Attribute der Küstengebiete sowie der Umwelt, die den Fortbestand von Fischeaufwuchsgebieten sichert. Dieses Problem ist von besonderer Bedeutung in Gebieten, in denen eine schnelle wirtschaftliche Expansion stattfindet, beispielsweise entlang der Mittelmeerküste in Andalusien (ES), und in den Ländern Mittel- und Osteuropas.

Niedergang traditioneller, umweltverträglicher Sektoren, der zu Arbeitslosigkeit, massiver Abwanderung und sozialer Instabilität führt. Ob durch schwindende Bestände oder technologische Veränderungen – viele traditionelle Einkommensquellen, beispielsweise die Küstenfischerei, sind unrentabel geworden, was soziale und wirtschaftliche Probleme verursacht hat. Diese Probleme können zur Ausbreitung anderer, weniger nachhaltiger Sektoren führen. Beispielsweise hat die professionelle Küstenfischerei in La Gironde (FR) Schwierigkeiten beim Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit.

Küstenerosion, die zu Schäden an natürlichen Lebensräumen und Wohnsiedlungen führt, Wirtschaftstätigkeiten zerstört und das Leben von Menschen bedroht. Der Anstieg des Meeresspiegels aufgrund des Klimawandels wird die Erosion voraussichtlich verschlimmern. An vielen Orten wird das Problem durch „Lösungen“ verschlimmert, mit denen die Naturgewalten bekämpft werden sollen, während knappe finanzielle Ressourcen verschwendet werden. Die Küste von East Anglia (UK) wird trotz – und vielleicht teilweise wegen – beträchtlicher Investitionen in Deiche durch massive Erosion und Überschwemmungen bedroht.

Fehlen geeigneter Kommunikations- und Verkehrsnetze, was zu zunehmender Marginalisierung vom restlichen Europa führt. Die Erreichbarkeit ist ein schwerwiegendes Problem für viele Küstengebiete, insbesondere auf Inseln. Auf den Kykladen-Inseln (GR) hat aufgrund der schlechten Erreichbarkeit der Inseln – insbesondere im Winter – die ganzjährige Bevölkerung abgenommen, und der Saisontourismus ist zum einzigen rentablen Wirtschaftssektor geworden; das Ergebnis sind Bodenabtragung und sozialer Zerfall.

Hinweis: Die Probleme der Küstengebiete werden eingehender in Anhang I des zugehörigen technischen Dokuments „Schlußfolgerungen aus dem Demonstrationsprogramm der Europäischen Kommission zum integrierten Küstenzonenmanagement (IKZM)“ und in der Mitteilung der Kommission KOM 95/511 behandelt.

Strymonikos ⁽¹⁾ erwartet in den nächsten fünf bis zehn Jahren einen starken Zustrom von Touristen aus osteuropäischen Ländern.

Die derzeitigen Konflikte und Unverträglichkeiten zwischen den Nutzungsweisen verschiedener Sektoren müssen identifiziert und gelöst werden.

Auch wenn in anderen Teilen der europäischen Landschaft ähnliche Probleme auftreten können, sind sie in den Küstenzonen aufgrund der

Komplexität der Wechselwirkungen zwischen den aquatischen Systemen und den terrestrischen Systemen, zwischen Küstenzonen und ihrem Hinterland (dazu gehören auch die Wechselwirkungen zwischen Häfen und der Wirtschaft im Landesinneren) sowie zwischen Inseln und dem Festland besonders akut.

Die Dringlichkeit von Maßnahmen in den Küstenzonen wird auch bestimmt durch:

- eine Geschichte des Mißmanagements vieler Küstenregionen.
- die begrenzte Fähigkeit von Küstenzonen, sich von schwerwiegendem Mißmanagement zu erholen

⁽¹⁾ Weitere Informationen über dieses und andere Projekte des Demonstrationsprogramms finden Sie auf der Webseite des Demonstrationsprogramms (europa.eu.int/comm/environment/iczm/home.htm).

Das Eindringen von Salzwasser aufgrund des Raubbaus an küstennahen Grundwasserspeichern ist ein schwerwiegendes Problem in Murcia (ES). Schäden am Grundwasserspeicher führen normalerweise zu einer permanenten Verringerung der verfügbaren Wasserressourcen.

- die kurzen Zeiträume, innerhalb derer sich in den Küstenzonen Dynamiken entwickeln;
- das reiche Potential der Küstengebiete, das als Magnet für Einzelpersonen und Wirtschaftstätigkeiten wirkt;
- die zahlreichen Probleme in bezug auf Verschmutzungs- und Sedimentmanagement), die flußaufwärts – oder auf dem offenen Meer – entstehen, aber sich letztendlich in den Küstenzonen manifestieren;
- die besonderen Beschränkungen und Herausforderungen für die Raumplanung und das Verkehrsmanagement, die die natürliche Grenze zwischen Land und Meer darstellt;
- das besonders hohe Risiko natürlicher Gefahren, beispielsweise die Überflutung von der Land- oder Meerseite;
- die extrem große Zahl unterschiedlicher Tätigkeiten, die um die Nutzung derselben Ressourcen wetteifern; und
- der sich entwickelnde Prozeß der Erweiterung der EU durch Aufnahme von Bewerberländern aus Mittel- und Osteuropa, deren Küstengebiete vor ähnlichen Problemen und Herausforderungen stehen.

Die durch das Programm gewonnenen Erfahrungen bestätigen die Hypothese, daß die

meisten der in den Küstenzonen Europas beobachteten natürlichen Probleme und Konflikte auf verfahrensrechtliche, planungstechnische, politische oder institutionelle Schwächen zurückgeführt werden können, von denen viele aus der fehlenden Kenntnis der strategischen wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung eines nachhaltigen Küstenzonenmanagements hergeleitet werden können.

Das Demonstrationsprogramm zeigt auf, daß die Herausforderung darin besteht, einen Weg zur Beseitigung dieser Schwächen zu finden, wenn wir eine umweltverträgliche, wirtschaftlich effiziente und sozial gerechte Entwicklung in den Küstenzonen erreichen wollen.

Das Demonstrationsprogramm hat sieben Schlüsselprinzipien identifiziert, die umgesetzt werden müssen, um den Zustand unserer europäischen Küstengebiete zu verbessern. Diese Prinzipien werden in Kapitel 2 beschrieben.

Kapitel 3 stellt das Konzept des Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) als Prozeß vor, der die Anwendung dieser Prinzipien erleichtern kann, und zeigt die Notwendigkeit einer europäischen IKZM-Strategie auf.

Kapitel 4 wirft dann die Frage der richtigen Form und des Inhalts dieser Strategie auf. Was genau sollte getan werden? Und wie sollte es getan werden?

Historisch

- waren Gesetzgebung und Politik sektorbezogen und unkoordiniert
- wirkten unzweckmäßige und isolierte Entscheidungen im Bereich der sektoriellen Planung häufig den langfristigen Interessen eines nachhaltigen Managements der Küstengebiete entgegen.
- begrenzten starre bürokratische Systeme die lokale Kreativität und Anpassungsfähigkeit
- fehlten lokalen Initiativen zum nachhaltigen Küstenzonenmanagement angemessene Ressourcen und die Unterstützung von höheren Verwaltungsebenen
- fehlten dem Management der Küste die Visionen, und es beruhte auf einer sehr begrenzten Kenntnis von Küstenprozessen
- waren die wissenschaftliche Forschung und Datensammlung von den Endverbrauchern isoliert

2 ALLGEMEINE PRINZIPIEN FÜR DAS GUTE KÜSTENZONEN-MANAGEMENT EUROPAS

Die Erfahrungen aus dem Demonstrationsprogramm haben aufgezeigt, daß das gute Küstenzonenmanagement viele Formen annehmen kann. Das Programm läßt jedoch auch darauf schließen, daß alle erfolgreichen Initiativen bestimmten allgemeinen Prinzipien folgen. Sie alle:



HABEN EINE UMFASSENDE BETRACHTUNGSWEISE

Küstengebiete sind komplex; sie werden von unzähligen, in Wechselbeziehung stehenden Triebkräften und Zwängen beeinflusst, einschließlich hydrologischer, geomorphologischer, sozioökonomischer, administrativer, institutioneller und kultureller Systeme. Versuche, die Küstengebiete nachhaltig zu managen, werden fehlschlagen, sofern sie nicht die Gesamtheit der vielen Systeme, die einen starken Einfluß auf die Dynamik der Küstengebiete haben, gleichberechtigt betrachten.

Der Zusammenhang zwischen der Fischerei in Küstengewässern und der Bedeutung von Mündungsgebieten als Aufwuchsgebiete zeigt die Notwendigkeit eines „System“-Konzepts.

Der geographische Maßstab und das Ausmaß einer Tätigkeit im Bereich des Managements eines Küstengebiets sollten auf die betrachteten Fragestellungen abgestimmt werden. In der Praxis werden für die Projekte meistens die Grenzen gewählt, die am einfachsten zu verwalten sind – oftmals administrative Grenzen. Administrative Grenzen fallen jedoch häufig nicht mit den Grenzen natürlicher oder sozialer Systeme zusammen. Für ein „System“-Konzept müssen normalerweise Triebkräfte oder Wirkungsbereiche in anderen Verwaltungseinheiten und möglicherweise in großer Entfernung von der Küste betrachtet werden.

Das RICAMA-Projekt befaßt sich mit Bodennutzungspraktiken in der gesamten Bucht, da sich diese auf das Sedimentsystem an der Küste auswirken: Bevölkerungswachstum, die damit verbundene Entwaldung und die landwirt-

schaftliche Entwicklung in den Bergen seit dem Ende der Römerzeit bis zum achtzehnten Jahrhundert führten durch die Sedimentablagerung zur raschen Entwicklung von Küstendeltas. Im Laufe des letzten Jahrhunderts entstand auf diesem neuen Land Infrastruktur für den Tourismus. Jüngste Veränderungen der Bodennutzungspraktiken im Binnenland, die Stauung von Flüssen und der Abbau von Gehäufen (im Fluß und an seiner Mündung) führten jedoch zur Verringerung oder Beseitigung der Sedimentquelle, was zur Küstenerosion und zur Verschlechterung der Umweltqualität der Strände führte.

In Strymonikos beeinträchtigen vom Fluß mitgeführte Verunreinigungen aus landwirtschaftlichen Abflüssen stromaufwärts in Bulgarien die Qualität der Küstengewässer.

Für das Projekt Bucht von Brest wurde aufgrund von Bedenken in bezug auf Verschmutzungsfragen das Einzugsgebiet als Projektgrenze gewählt.

Das Projekt Lima-Tal bezieht sowohl die Küstenstädte als auch die im Binnenland gelegenen Städte in diesem Tal ein – sowohl aufgrund von physikalischen als auch aufgrund von wirtschaftlichen Verknüpfungen.

Das Wattenmeer-Projekt beruht auf der natürlichen Einheit, die auch Gegenstand der trilateralen Kooperation auf Ministerialebene zwischen Deutschland, Dänemark und den Niederlanden ist.

Das Arbeitsgruppenkonzept von Projekten wie Dorset und La Gironde unterstützt eine flexible, themenbasierte Definition der geographischen Ausdehnung der Initiative.

Die engen Verknüpfungen zwischen den marinen und den terrestrischen Komponenten der Küstengebiete (sowohl durch menschliche als auch durch natürliche Prozesse verknüpft) bedeuten, daß jede erfolgreiche Initiative zum Management eines Küstengebiets sowohl die seawärts gelegenen als auch die landwärts gelegenen Teile des Küstengebiets umfassen muß.



BASIEREN AUF DEM VERSTÄNDNIS DER SPEZIFISCHEN BEDINGUNGEN IN DEM BETREFFENDEN GEBIET

Um wirksam zu sein, sind Vorschläge für spezifische Lösungen für Probleme in den Küstenzonen und Entscheidungen über ihre optimale Nutzung notwendigerweise standortspezifisch; sogar die Wahl des Konzepts für die Initiierung oder Fortführung einer IKZM-Initiative sollte den Kontext widerspiegeln. Die Initiative muß deshalb auf einem genauen Verständnis der lokalen Bedingungen fußen. Anhang III veranschaulicht, wie mannigfaltig diese Bedingungen sind, einschließlich von Unterschieden in den natürlichen, sozialen, kulturellen, institutionellen und wirtschaftlichen Merkmalen des Gebiets.

Ein angemessenes Management der Küstengebiete erfordert die Entwicklung eines Verständnisses der spezifischen Merkmale des betreffenden Gebiets sowie Aufgeschlossenheit gegenüber dem Druck und den Triebkräften, die einen Einfluß auf seine Dynamik haben, einschließlich derjenigen, die außerhalb des Lokalbereichs liegen. Dies beinhaltet die Notwendigkeit der Sammlung geeigneter Daten; die Erstellung relevanter Informationen und Indikatoren; guten Informationsfluß zwischen denjenigen, die IKZM-Aktionen durchführen und denjenigen, die Informationen bereitstellen; sowie den richtigen Einsatz integrierter Bewertungstechniken.

Alle Demonstrationsprojekte sind darangegangen, die Informationen zusammenzutragen, die für die Entwicklung eines Verständnisses der für die Dynamiken in ihrem Projektgebiet verantwortlichen Faktoren und Bedingungen erforderlich sind. Die meisten Projekte befinden sich jedoch noch in einem Lernprozeß in bezug auf die Nutzung dieser Informationen für die Durchführung einer integrierten Bewertung.



ARBEITEN MIT NATÜRLICHEN PROZESSEN

In der Vergangenheit wurde das Küstenmanagement häufig als „Kampf gegen das Meer“ betrachtet, ein Kampf, in dem natürliche Prozesse die kostspieligen Bemühungen der Menschen häufig zunichte gemacht haben. Ein erfolgreiches Küstenzonenmanagement beruht

eher auf dem Verständnis der natürlichen Prozesse und Dynamiken von Küstensystemen; durch die Arbeit mit diesen Prozessen, anstatt gegen sie anzugehen, verbessern wir unsere langfristigen Optionen, indem wir unsere Tätigkeiten auf lange Sicht umweltverträglicher und wirtschaftlich profitabler machen.

Ingenieurarbeiten zur Verbesserung der Hafenanlagen von Aveiro haben zur beschleunigten Erosion der angrenzenden Küstenlinie beigetragen, da sie Küstendynamiken und –prozesse nicht in angemessener Weise berücksichtigt haben. Spätere Investitionen zum „Schutz“ der Küste durch schwere Küstenschutzanlagen waren nicht erfolgreich. Durch fundiertere Managementpraktiken hätte die Hafenerweiterung erreicht werden können, ohne die Erosion hervorzurufen. Dies hätte die Wirtschaftlichkeit der Investitionen in die Hafenerweiterung erhöht und die mit der Begrenzung der Erosion verbundenen sozialen Belastungen und wirtschaftlichen Kosten vermieden.

Das Flandern-Projekt (TERRA CZM) veranschaulicht die Bemühung um die Verwirklichung der Vision, Teilen dieser stark bebauten und technisierten Küste durch den Rückbau früherer technischer Lösungen zum Küstenschutz wieder eine natürlichere Form zu verleihen.



GEWÄHRLEISTEN, DAß HEUTE GETROFFENE ENTSCHEIDUNGEN KEINE OPTIONEN FÜR DIE ZUKUNFT AUSSCHLIEßEN

Das Küstenzonenmanagement muß ausdrücklich die Ungewißheit künftiger Bedingungen anerkennen und hinreichend flexibles Management fördern. Gleichzeitig müssen Maßnahmen in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Vorsorge ergriffen werden, das besagt, daß die Verantwortlichen im Vorfeld möglicher Schäden aktiv werden sollten, um sie zu verhindern, statt die Gewißheit abzuwarten.

Die Lage der Küstenlinie ändert sich natürlicherweise mit der Ansammlung oder Erosion von Sediment. Entwicklungen an der heutigen Küstenfront können morgen um einiges weiter landeinwärts liegen – oder durch die erosiven Kräfte des Meeres durch Zerstörung bedroht werden. Diese Tatsache muß bei der Planung berücksichtigt werden.



ERZIELEN KONSENSBILDUNG DURCH PARTIZIPATORISCHE PLANUNG

Die Demonstrationsprojekte betrachten partizipatorische Planung als:

- „die aktive Beteiligung relevanter Einzelpersonen und Gruppen an der Gestaltung und Umsetzung eines Prozesses“. (County Down)
- „Partizipation ist natürlich die Beteiligung und das Interesse an etwas, aber ein wichtiger Teil ist auch das Tragen der Verantwortung“. (Berater der Stadtverwaltung Ruotsinpyhtää, Finnischer Meerbusen)
- „das Verfahren der Aktivierung der relevanten Stellen durch Aufgaben, Aktionen, Beratung, Stellungnahmen, um tatsächliche Beteiligung zu erreichen, als Instrument für die Förderung spezifischer Zielsetzungen im Rahmen des nachhaltigen Managements“. (Strymonikos)

Partizipatorische Planung versucht, die Meinungen und Ansichten aller relevanten Interessenten durch gemeinschaftliche Beteiligung in den Planungsprozeß einzubeziehen. Die Beteiligung führt zu Engagement und geteilter Verantwortung, trägt zu der Erkennung der wirklichen Fragen bei und führt häufig zu besser umsetzbaren Lösungen. Frühzeitige Beteiligung kann zur Entstehung von Vertrauen und Engagement führen.

Die Bedeutung der Partizipation: Im Jahr 1993 wurde ein von einem Berater erstellter Managementplan für das Mündungsgebiet des Exe von der lokalen Bevölkerung abgelehnt, die der Ansicht war, daß dieser Plan ihre Standpunkte nicht beinhaltete, insbesondere in bezug auf Fragen im Zusammenhang mit der Erhebung von Gebühren für die Bereitstellung von Hafendiensten von Nutzern des Mündungsgebiets. Diese Erfahrung führte zur Schaffung einer Reihe von themenspezifischen Fachgruppen, die aus Nutzern des Mündungsgebiets be-

standen. Nach einem breitangelegten System von auf lokalen Sitzungen basierenden Konsultationen war das Ergebnis ein vereinbarter – und allgemein unterstützter – Managementplan. Der partizipatorische Prozeß wurde jetzt formalisiert durch Bildung des Exe Estuary Forum (kein Projekt im Rahmen des Demonstrationsprogramms) und einer Reihe von Focus Groups, die aus Vertretern der lokalen Bevölkerung bestehen. Diese Vereinbarungen werden der Schlüssel für die Ausarbeitung eines jährlichen Aktionsplans für das Mündungsgebiet sein.

Durch partizipatorische Planung und die Konzentration auf das gemeinsame Interesse kann gutes Küstenzonenmanagement Konflikte mindern und zur Konsensbildung führen. Durch Berücksichtigung der umfassenderen, langfristigen Perspektive kann partizipatorische Planung den Interessenten auch die mit einer Änderung ihrer Verhaltensweisen verbundenen indirekten Vorteile aufzeigen. Durch Entwicklung einer gemeinsamen Wahrnehmung der wichtigsten Probleme unter den verschiedenen Interessenten kann jeder wichtige Akteur einschätzen, was sie „aufzugeben“ bereit sind, um gemeinsame Ziele im Management des Küstengebiets zu erreichen.

Konflikte zwischen Interessenten in Küstenzonen können entstehen durch:

- konkurrierende sektorielle Interessen mit jeweils eigener Tagesordnung und beruflichen Scheuklappen
- kulturelle Unterschiede und Traditionen
- ungenaue, zurückgehaltene oder strittige Daten
- Ignoranz oder Gleichgültigkeit gegenüber anderen Bedürfnissen
- strukturelle, soziale oder wirtschaftliche Ungleichheiten
- Interessenkollisionen bei bestimmten Fragen oder Verfahrensweisen
- Personalfragen und Machtkämpfe

Da die nicht-partizipatorische Planung von Küstenzonen in den meisten Ländern lange Zeit der Standard war, kann der Übergang zum partizipatorischen Ansatz Zeit erfordern, um die natürliche Trägheit gegenüber Veränderungen zu überwinden.



SORGEN FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG UND BETEILIGUNG ALLER RELEVANTEN ADMINISTRATIVEN STELLEN

Während diese Bottom-up-Beteiligung eine wichtige Komponente des erfolgreichen Küstenzonenmanagements ist, wird die Entwicklung von sektorbezogenen Zielsetzungen sowie von Plänen und Investitionsstrategien im Zusammenhang mit der Nutzung von Küsteregionen und ihren natürlichen Ressourcen durch nationale Politiken geleitet. Fast alle Leiter von Projekten im Rahmen des Demonstrationsprogramms haben bestätigt, daß das Küstenzonenmanagement **nicht** effektiv ist, wenn es nicht von allen Verwaltungsebenen sowie von allen relevanten Fachbereichen der Verwaltung, die mit dem betreffenden Küstengebiet befaßt sind, unterstützt wird.

Zwar ist es wesentlich, Kommunalbehörden von Anfang an zu beteiligen, aber es ist auch die Bereitschaft aller Ebenen und Fachbereiche erforderlich, den Prozeß des Küstenzonenmanagements laufend zu unterstützen, wozu auch die Bereitstellung institutioneller Kapazitäten für die Sammlung, die Pflege und die Dokumentation von Daten gehört.

Das Magnisia-Projekt hat durch ein Audit in einem sehr frühen Stadium für die enge Beteiligung der Beamten von Kommunalbehörden und ihrer Abteilungen gesorgt. Ein ähnliches

Konzept wurde durch das Kavala-Projekt gewählt, in dem Wunsch, das Engagement aufrechtzuerhalten.

Das Subsidiaritätsprinzip sollte die klare Teilung und Zuordnung von Verantwortlichkeiten zwischen Verwaltungsebenen (EU, regional, national, lokal) regeln, wobei auf allen höheren Ebenen die Bereitschaft bestehen sollte, die Entwicklung lokaler Bewertungskapazitäten zu unterstützen. Die Entwicklung von Aktionen zur gegenseitigen Unterstützung und die Entwicklung von Verbindungen zwischen Verwaltungsebenen und –fachbereichen sowie die Koordinierung ihrer Politik ist von wesentlicher Bedeutung.

Bevor mit dem IKZM begonnen wurde, hatten die Stadtverwaltungen in Lettland wenig Erfahrung in der Zusammenarbeit. Das IKZM-Pilotprojekt „zwang“ sie zusammenzukommen, einander ihre Probleme und Bedenken mitzuteilen und gemeinsam zu planen. Dabei entdeckten sie viele gemeinsame Probleme und Fragen sowie eine neue Stärke durch die gemeinschaftliche Behandlung dieser Probleme.



VERWENDEN EINE KOMBINATION VON INSTRUMENTEN

Das Küstenzonenmanagement kann nur erfolgreich sein, wenn es eine Vielzahl von Instrumenten einsetzt, darunter eine Mischung von rechtlichen und wirtschaftlichen Instrumenten, freiwilligen Vereinbarungen, Erteilung von Informationen, technologischen Lösungen, Forschung und Bildung. Die richtige Mischung in einem bestimmten Gebiet wird von den anstehenden Problemen und dem institutionellen und kulturellen Kontext abhängig sein.

3 **DIE NOTWENDIGKEIT EINER EUROPÄISCHEN IKZM-STRATEGIE**

Angesichts der Komplexität und Dringlichkeit der Probleme in den Küstenzonen Europas ist es von essentieller Bedeutung, zu der Umsetzung der im vorigen Kapitel dargelegten Prinzipien

zu gelangen. Es ist offensichtlich, daß etwas getan werden muß, um die zugrunde liegenden institutionellen Schwächen zu behandeln, die die Probleme in den Küstenzonen verursacht oder verstärkt haben, und eine Formel zu finden, um zu einer nachhaltigen Entwicklung in diesen strategisch wichtigen Gebieten zu gelangen.

Was ist nachhaltige Entwicklung?

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung erkennt das Prinzip an, daß wirtschaftliches Wohlergehen, soziale Gerechtigkeit und ökologische Ziele nicht voneinander getrennt werden können, sondern auf lange Sicht dem Wesen nach voneinander abhängig sind. Nachhaltiges Küstenzonenmanagement strebt nach dem höchstmöglichen langfristigen gesellschaftlichen Nutzen, einschließlich ökologischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Überlegungen. Es bemüht sich darum, die soziale Gerechtigkeit zu fördern, und zwar durch gerechtere Verteilung von Möglichkeiten, sowohl innerhalb der derzeitigen Bevölkerung als auch zwischen der derzeitigen Generation und künftigen Generationen.

Während langfristige wirtschaftliche, ökologische und soziale Überlegungen stets untrennbar miteinander verbunden sind, werden wegen der Begrenztheit der Küstenressourcen kurzfristige Kompromisse zwischen diesen Zielen möglicherweise unvermeidbar sein. Innerhalb eines Rahmens der Nachhaltigkeit ist es wichtig zu gewährleisten, daß der Prozeß der Kompromisse derart diszipliniert wird, daß wirtschaftliche, ökologische und soziale Ziele auch kurzfristig zumindest bis zu einem gewissen „Schwellenwert“ erfüllt werden. Was akzeptable Schwellenwerte sind, wird von den in einer gegebenen Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt vorherrschenden Werten abhängen.

Außerdem können bestimmte kurzfristige Entscheidungen Ressourcen für die Zukunft unwiederbringlich zerstören, da die Küstenressourcen in physischer und räumlicher Hinsicht begrenzt sind. Eines der Ziele der nachhaltigen Entwicklung muß folglich darin bestehen zu gewährleisten, daß gegenwärtige Entscheidungen künftige Optionen nicht ausschließen. Das Konzept der „Nachhaltigkeit“ muß jedoch auch die Idee beinhalten, daß viele der durch menschliche Eingriffe in den Küstenzonen entstandenen negativen Situationen reversibel sind oder radikal geändert werden können, auch wenn dies mit sehr hohen Kosten verbunden sein mag und sehr lange Zeiträume erfordern mag.

3.1 Was ist IKZM?

Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) ist eine generische Methode, die die in Kapitel 2 dargelegten allgemeinen Prinzipien verkörpert und das nachhaltige Management der Küstengebiete fördert. Es ist ein Mittel dafür, unterschiedliche Ziele und Meinungen zu akzeptieren und Ungewißheiten in bezug auf die laufenden und künftigen natürlichen Prozesse zu tolerieren, aber dennoch die umstrittenen Kernfragen zu behandeln, indem allgemein akzeptable Lösungen gefunden werden.

Zu der hinter dem IKZM stehenden Philosophie gehört, daß folgendes anerkannt wird:

- Das IKZM kann bei der Entwicklung demokratischer Systeme und dem Bemühen um

Der „Prozeß“ des IKZM:

Der IKZM-Prozeß beginnt mit der **Kenntnis von Fragen** von gemeinsamem Interesse, was einen **Dialog** und Meinungsaustausch zwischen den interessierten und betroffenen Parteien erleichtert, der wiederum die **Kooperation zwischen den Parteien** unterstützt, die die Grundlage für die **Koordinierung von Maßnahmen** ist, welche – mit der Zeit – die **Integration des Managements** fördert.

Was ist IKZM?

IKZM ist ein dynamischer, kontinuierlicher und iterativer Prozeß, durch den das nachhaltige Küstenzonenmanagement gefördert werden soll. Das IKZM versucht langfristig, ein Gleichgewicht herzustellen zwischen den Vorteilen der wirtschaftlichen Entwicklung und der Nutzung der Küstengebiete durch die Menschen, den Vorteilen des Schutzes, des Erhalts und der Wiederherstellung der Küstengebiete, den Vorteilen der Minimierung der Verluste an menschlichem Leben und Eigentum sowie den Vorteilen des Zugangs der Öffentlichkeit zu und der Freude an den Küstenzonen, und zwar stets innerhalb der durch die natürliche Dynamik und die Belastbarkeit gesetzten Grenzen.

Das „integriert“ in IKZM bezieht sich sowohl auf die Integration von Zielen als auch auf die Integration der für die Erreichung dieser Ziele erforderlichen vielfältigen Instrumente. Es bedeutet Integration aller relevanten Politikbereiche, Sektoren und Verwaltungsebenen. Es bedeutet Integration der terrestrischen und der marinen Komponenten des Zielgebiets. Das IKZM ist sowohl in bezug auf die Zeit als auch in bezug auf den Raum integriert und dem Wesen nach multidisziplinär. Das IKZM sollte sicherlich nicht einfach unter der Rubrik „Umwelt“ abgelegt werden.

Obwohl sich das IKZM auf das „Management“ bezieht, deckt der IKZM-Prozeß tatsächlich den gesamten Zyklus von Informationssammlung, Planung, Entscheidungsfindung, Management und Überwachung der Umsetzung ab. „Planung“ wird folglich im weitesten Sinne als strategische Politikentwicklung verstanden, nicht nur als Raumplanung oder sonstige sektorbezogene Planung.

Das IKZM bedient sich der informierten Beteiligung und Kooperation aller interessierten und betroffenen Parteien, um die gesellschaftlichen Zielsetzungen* in einem gegebenen Küstengebiet zu einem gegebenen Zeitpunkt zu bewerten und die zur allmählichen Erreichung dieser Zielsetzungen erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.

* „Gesellschaftliche Zielsetzungen“ bezieht sich auf die Ziele und Ambitionen einer gegebenen Gesellschaft, einschließlich ökologischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Zielsetzungen.

- die Schaffung von Mechanismen für das sinnvolle Engagement von Organisationen und Einzelpersonen auf allen Ebenen der Gesellschaft eine Hilfe sein;
- Die Koordination zwischen Sektoren und zwischen Verwaltungsebenen ist ein Schlüsselement der guten Kontrolle;
- Jede IKZM-Bemühung muß eine Vision davon entwickeln, wie eine nachhaltige Gesellschaft aussehen wird. Diese Vision stellt den Rahmen dar, innerhalb dessen Aktionen formuliert und umgesetzt werden können;
- Die Zukunft ist dem Wesen nach ungewiß;
- Probleme müssen gelöst, nicht vor sich her geschoben werden;
- Das IKZM ist ein sehr komplexer und iterativer Prozeß, der Zeit für seine Entwicklung benötigt. Es müssen Kapazitäten aufgebaut werden, und es muß ein Klima der Beteiligung gefördert und mit der Zeit entwickelt werden;

- Es gibt keine Standardformel für das IKZM;
- IKZM-Initiativen müssen innerhalb der bestehenden institutionellen und politischen Strukturen arbeiten und gewährleisten, daß jede IKZM-Bemühung politisch legitim ist und Kultur und Traditionen achtet.

3.2 VIELFÄLTIGKEIT

Bisher gibt es keine zufriedenstellende und allgemein akzeptierte Methode für die Definition und Einteilung von Küstengebieten. Anhang III enthält jedoch eine Reihe von Karten, die einige der wichtigsten Variablen – oder Typologien – aufzeigen, anhand derer die Küstengebiete eingeteilt werden könnten. Diese Karten heben die Vielfältigkeit der Bedingungen und Probleme in den Küstengebieten Europas hervor; diese Vielfältigkeit wird mit dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur EU noch weiter zunehmen.

Auch in bezug auf Konzepte für die konkrete Anwendung des IKZM ist die Vielfalt groß. Die Pilotprojekte im Demonstrationsprogramm zeigen auf, daß sich Konzepte für das IKZM in folgendem unterscheiden können:

- Geographische Ausdehnung des Projekts
- Palette und Komplexität der behandelten Fragen
- Mischung und Status der beteiligten privaten und öffentlichen Stellen und Interessen
- Anzahl und Status der in der Kerngruppe vertretenen Stellen und Interessen (d. h. der wichtigsten Partner, der tatsächlich regelmäßig an der Projektarbeit Beteiligten)
- Vertragliche/rechtliche Grundlage der Initiative, politische Unterstützung und Art und Weise ihrer Legitimierung
- Grad und Qualität der Leitung
- Grad der Autorität, die die Kerngruppe genießt
- Ausmaß, in dem die Initiative das bestehende gesetzliche System als „Rahmen“ verwendet
- Potential des in Gang gesetzten Prozesses in bezug auf die Dauerhaftigkeit
- Mechanismen der Beteiligung und Art der Interaktionen mit der Öffentlichkeit
- Mechanismen der Verbindung zwischen verschiedenen Stellen (freiwillig, informell und formell).

Einige der wichtigsten Faktoren, die sich auf die Wahl des Konzepts auswirken, sind:

- Kulturelle Definition des „Gemeinwohls“
- Verständnis der Konzepte hinter dem IKZM, Grad der Verfügbarkeit von Informationen/ Daten
- Punkt der Initiierung der Initiative und Vorliebe für eine bestimmte Disziplin
- Qualität der Leitung und Motivationsgrad der Teilnehmer
- Verfügbare Ressourcen und zeitliche Koordinierung der Initiative
- Grad des Problembewußtseins in der Öff-

fentlichkeit und allgemeine Einstellung gegenüber einer Beteiligung

- Rechts-, Zuständigkeits-, Verwaltungs- und Planungsstrukturen und -kontext
- Legitimierung der Initiative

Der Verwaltungskontext ist einer der Faktoren, der die Wahl des IKZM-Konzepts beeinflussen wird: Es gibt große Unterschiede in bezug auf institutionelle Strukturen für die politische Entwicklung. In Frankreich beispielsweise sind es die gewählten Vertreter, die die Zielsetzungen festlegen, im Gegensatz zu eher von der Basis ausgehenden Konzepten in einigen anderen Ländern.

Da die Wahl des Konzepts für das IKZM durch den historischen, kulturellen und traditionellen Kontext sowie durch die natürlichen Bedingungen und die in dem Zielgebiet auftretenden physischen Probleme beeinflusst wird, werden an verschiedenen Orten unterschiedliche Konzepte angezeigt sein. Die Erfahrungen aus dem Demonstrationsprogramm haben unterstrichen, daß es das einzig richtige Konzept für das IKZM nicht gibt.

Diese Komplexität macht es auch schwierig anzugeben, welches IKZM-Konzept in einem gegebenen Gebiet voraussichtlich am besten funktionieren wird. Initiativen können jedoch aus den Erfahrungen anderer lernen, indem sie die kritischsten Triebkräfte im Zielgebiet berücksichtigen und andere Initiativen in Gebieten identifizieren, die in bezug auf diese kritischen Dimensionen ähnlich sind.

Darüber hinaus hat das Demonstrationsprogramm, trotz der Vielfältigkeit von Problemen und Bedingungen in den Küstengebieten, aufgezeigt, daß vielen Küstengebieten einige Kernfragen und Besorgnisse gemein sind. Im verbleibenden Teil dieses Dokuments werden einige dieser gemeinsamen Kernfragen untersucht; es werden auch mögliche politische Optionen diskutiert, um das IKZM in ganz Europa durch eine gemeinsame europäische Strategie zu fördern, die auf einer gemeinsamen Philosophie beruht, aber unter Verwendung einer Vielzahl von Mechanismen, die an die spezifischen Probleme und räumlichen Kontexte angepaßt sind, umgesetzt wird.

3.3 DIE EUROPÄISCHE DIMENSION

Ein förderliches Umfeld auf europäischer Ebene könnte den Rahmen bieten, innerhalb dessen die Mitgliedstaaten zweckmäßigere Politiken für das integrierte Küstenzonenmanagement entwickeln können, einschließlich von Investitionsstrategien, integrierten Entwicklungsplänen (räumlich und funktionell) und Strategien für das Ressourcenmanagement.

Viele Organisationen, darunter UNEP, die OECD und der Europarat, fördern bereits stärker integrierte Konzepte, in denen die Planung und das Management menschlicher Tätigkeiten als beste Möglichkeit für die Lösung der Konflikte in den Küstengebieten und für die Optimierung der Nutzung ihrer Ressourcen aufgezeigt wird. Verweise auf diese Initiativen und entsprechende Links sind auf der Webseite des Demonstrationsprogramms

europa.eu.int/comm/environment/iczm/home.htm

zu finden. Die Erfahrungen dieser Initiativen stehen völlig in Einklang mit den Schlußfolgerungen aus dem Demonstrationsprogramm. Tatsächlich haben viele unserer Mitgliedstaaten die Empfehlungen solcher Organisationen angenommen und einseitige Initiativen zur Bekämpfung der Degradation der Küsten lanciert, insbesondere im Kontext regionaler Vereinbarungen wie des Übereinkommens von Barcelona, der Konvention von Helsinki und OSPAR.

Es besteht jedoch die Notwendigkeit einer allgemeinen strategischen Verständigung darüber, wie europäische Küstenregionen und ihre Ressourcen so genutzt werden können, daß künftige Bedürfnisse erfüllt werden, sowie einer formalen Vereinbarung zwischen den Mitgliedstaaten auf die Priorität von Maßnahmen zur Verbesserung der Planung und des Managements menschlicher Tätigkeiten in den Küstengebieten Europas, durch die Umsetzung des

IKZM. Diese Strategie muß sowohl den Bedürfnissen der derzeitigen Mitgliedstaaten entsprechen als auch die Herausforderungen und Möglichkeiten widerspiegeln, die die Erweiterung der EU durch die Aufnahme einiger unserer östlichen Nachbarländer bietet.

Die Entschließung des Rates 94/C 135/02 betont, „daß Bedarf an einer Gemeinschaftsstrategie für eine integrierte Erschließung und ein integriertes Management der Küstengebiete besteht, die auf den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung und einer für die Ökologie und die Umwelt verträglichen Nutzung beruht“. Das Demonstrationsprogramm bestätigt die Notwendigkeit einer solchen europäischen IKZM-Strategie und zeigt auf, daß diese Notwendigkeit gerechtfertigt wird durch:

- die starken Auswirkungen, die die sektorale EU-Politik auf den Zustand und auf die Entwicklung von Küstenzonen in Europa hat;
- die Notwendigkeit, gleiche Bedingungen zu gewährleisten;
- die Bedeutung der Gewährleistung ökologischer Gesundheit für alle unsere Bürger;
- die Verpflichtung zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Kohäsion der Küstengebiete;
- die Notwendigkeit zur Gewährleistung der besten strategischen Nutzung von EU-Mitteln;
- den internationalen Charakter der meisten Küstendynamiken, einschließlich von Touristen aus anderen Mitgliedstaaten, landwirtschaftlichem Export und grenzüberschreitenden Strömen im Bereich der Umweltverschmutzung und
- die Rolle der EU bei der Lösung grenzüberschreitender Probleme, einschließlich von Problemen unter Beteiligung unserer Nachbarländer im Mittelmeerraum sowie in Mittel- und Osteuropa.

4. **POLITISCHE OPTIONEN FÜR EINE EUROPÄISCHE IKZM-STRATEGIE**

Das IKZM wird in Europa nur mit der aktiven Unterstützung aller Verwaltungsebenen, von der europäischen bis zur lokalen Ebene, weite Verbreitung finden. Da sich die Einzelheiten zweckdienlicher politischer Optionen auf lokaler und regionaler Verwaltungsebene von Küstengebiet zu Küstengebiet unterscheiden werden, ist dies kein geeignetes Thema für eine Debatte in einer europaweiten Konsultation. Dieser Abschnitt konzentriert sich deshalb auf die Rolle der Gemeinschaft bei der Förderung und Umsetzung des IKZM, entweder durch direkte Maßnahmen auf europäischer Ebene, oder durch Empfehlungen oder Anforderungen für andere Verwaltungsebenen in bezug auf die Einführung guter Praktiken im Bereich des Küstenzonenmanagements.

Diese Konzentration auf die europäische Ebene sollte keinesfalls so verstanden werden, daß die Bedeutung der Akteure auf anderen Verwaltungsebenen für nebensächlich erachtet wird. Das Demonstrationsprogramm **zeigt auf, daß eine wirksame europäische Politik für das IKZM nur in enger Zusammenarbeit zwischen den europäischen Institutionen und mit voller Beteiligung der nationalen, regionalen und lokalen Verwaltungen umgesetzt werden kann.** Es muß auch daran erinnert werden, daß eventuelle europäische Maßnahmen internationale Vereinbarungen in Bereichen wie Schifffahrt, Fischerei, Umwelt und regionale Meeresgebiete werden beachten müssen, die für Gebiete gelten, die größer oder kleiner als die EU selbst sind.

Dieses Kapitel soll eine Debatte über die geeignete Form und den Inhalt einer künftigen europäischen IKZM-Strategie auslösen. Neben der Definition der allgemeinen Rolle der EU muß die Entwicklung der Strategie:

- die vielen Möglichkeiten identifizieren, die bestehende EU-Politiken für die Umsetzung der in Kapitel 2 vorgestellten Prinzipien bieten;
- die Instrumente und Programme aufzeigen, die eingesetzt werden, um eine bessere Unterstützung des IKZM zu erzielen, sowohl

durch Maßnahmen innerhalb einzelner Politiken als auch durch bessere Koordination zwischen Politiken; und

- feststellen, ob für den Zweck der Umsetzung des IKZM die Notwendigkeit eines Rechtsrahmens der EU besteht.

Die in diesem Kapitel vorgestellten Optionen sind diejenigen, die im Laufe des Demonstrationsprogramms vorgeschlagen wurden. Es wird nicht davon ausgegangen, daß sie korrekt oder vollständig sind. Die endgültigen Empfehlungen der Kommission in bezug auf das IKZM werden erst nach der öffentlichen Debatte, die dieses Dokument auslösen soll, und nach einem Meinungsaustausch mit dem Europäischen Parlament und den anderen EU-Institutionen entwickelt werden.

4.1 **DIE ROLLE DER EU**

Die Rolle der EU bei der Förderung des IKZM wird aus den Europäischen Verträgen hergeleitet und durch diese begrenzt:

- 1) Eine der stärksten Rechtsgrundlagen für eine Beteiligung der EU am IKZM ist Artikel 6 des Vertrags von Amsterdam über die Integration der Umwelt in alle anderen Politiken.
- 2) Das IKZM kann auch als wirksames Instrument für die Erreichung anderer Ziele der Gemeinschaften betrachtet werden, darunter unter anderem regionale Kohäsion, Fischerei, soziale Angelegenheiten, Verkehr, Energie und die Förderung von KMU.

Die Ergebnisse des Demonstrationsprogramms lassen darauf schließen, daß die Rolle der EU darin bestehen sollte, nach einer gemeinsamen Vision für die Entwicklung der Küstengebiete einen allgemeinen Rahmen kohärenter Maßnahmen zu bieten und die verschiedenen interessierten und betroffenen Einzelpersonen, Organisationen und Verwaltungen zur Interaktion und zur Mobilisierung ihrer eigenen Ressourcen anzuregen, um:

- die Dinge langfristig zu betrachten
- multi-sektoral zu denken
- die lokalen Bedürfnisse und Perspektiven in die Planung von Küstenzonen einzubeziehen

Dies beinhaltet, **daß die EU folgende Aufgaben übernehmen könnte:**

Definition des Rahmens für das IKZM: Definition einer Reihe von Leitprinzipien auf der Grundlage eines gemeinsamen Verständnisses der Zielsetzungen des IKZM, im Hinblick auf ihre flexible Anwendung in den verschiedenen regionalen Kontexten der EU.

Einleitung des IKZM: Initiierung von IKZM-Aktionen auf anderen Verwaltungsebenen, entweder durch direkte Verpflichtungen, oder durch entsprechende Vorbedingungen für Finanzierungen in bestimmten EU-Programmen.

Ankurbelung des IKZM, durch direkte Unterstützung für bestimmte IKZM-Initiativen, einschließlich direkter Beteiligung an der Koordinierung von Politiken und Tätigkeiten von Mitgliedstaaten auf mesoregionaler Ebene (Mittelmeerraum, Atlantischer Bogen, Nordsee usw.).

Unterstützung des IKZM durch Unterstützung bei der Entwicklung von Instrumenten und Methodologien für das IKZM, einschließlich der Entwicklung von Humanressourcen und der Informationssammlung.

Das vorliegende Dokument und die anderen Ergebnisse des Demonstrationsprogramm sind selbst ein erster Schritt in Richtung der „Definition“ und auch der „Ankurbelung“ des IKZM. Die im Rahmen des Demonstrationsprogramms gesammelten Erfahrungen lassen darauf schließen, daß diese Tätigkeiten fortgeführt und formalisiert werden müssen, und daß definiert werden muß, wie eine umfassendere Umsetzung des IKZM in den Mitgliedstaaten „eingeleitet“ und „unterstützt“ werden kann, sei es durch die Anpassung bestehender Politiken, oder durch die Schaffung neuer Programme oder Rechtsvorschriften.

Eine künftige europäische IKZM-Strategie sollte den Bedürfnissen der derzeitigen Mitgliedstaaten entsprechen und auch die Bedürfnisse von Nachbarländern, mit denen wir re-

gionale Meeresgebiete (wie das Mittelmeer) teilen, widerspiegeln, insbesondere derjenigen der mittel- und osteuropäischen Länder, die voraussichtlich in naher Zukunft Mitgliedstaaten der EU werden.

Die EU muß nicht nur einen Rahmen für Maßnahmen auf anderen Verwaltungsebenen bieten, **sie muß auch mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie die Zusammenarbeit zwischen den Kommissionsdienststellen verbessert und gewährleistet, daß EU-Politiken in angemessener Weise koordiniert werden,** um Maßnahmen zu ermöglichen, die zwar integriert sind, aber dennoch in geographischer Hinsicht hinreichend differenziert sind, um eine Umsetzung zu gestatten, die auf die Vielfältigkeit der Bedingungen in den verschiedenen Küstenregionen Europas Rücksicht nimmt.

4.2 ANPASSUNG EINZELNER SEKTORALER EU-POLITIKEN

Die Rechtsvorschriften der EU haben einen beträchtlichen und noch stärker werdenden Einfluß auf einzelstaatliche Küstengesetze, insbesondere im Kontext von Fischerei, Wasserqualität, Naturschutz und Umweltverträglichkeitsprüfung. Die Umsetzung internationaler und europäischer Verpflichtungen durch die Mitgliedstaaten kann einen vereinheitlichenden Einfluß auf einzelstaatliche Gesetze ausüben und traditionelle Rechtskonzepte überwinden, aber sie kann auch durch das Vermächtnis einzelstaatlicher Jurisprudenz nachteilig beeinflußt werden.

Eine Reihe sektoraler EU-Politiken hat tatsächliche oder potentielle *vorteilhafte* Auswirkungen auf die Küstenumwelt, insbesondere Richtlinien über Umweltverschmutzung, Naturschutz und Umweltverträglichkeitsprüfung. Verschiedene vorteilhafte Tätigkeiten werden auch im Rahmen der Strukturfonds finanziert. Die Studien und Projekte im Rahmen des Demonstrationsprogramms haben jedoch aufgezeigt, daß ein beträchtlicher Teil der EU-Politik entweder den Zielsetzungen des IKZM entgegenwirkt, oder sein Potential zur Unterstützung des IKZM nicht erreicht.

Sektorale EU-Politik könnte das IKZM besser fördern durch:

- **verbesserte Konzepte**
- **bessere Umsetzung guter Konzepte**
- **stärkere Integration des IKZM in einzelne Politiken**
- **Anpassung der Politik an regionale Besonderheiten/Maßstab**
- **größere Klarheit über die Anwendung der Politik auf das Meer**

Obwohl sie nicht notwendigerweise zu direkten Vorteilen oder Schäden für die natürliche Umwelt führen, zeigen die Studien des Demonstrationsprogramms auf, daß einige Elemente von EU-Rechtsvorschriften durch verbesserte Gestaltung oder Konzeption das IKZM effektiver unterstützen könnten.

Die Studien zeigen ferner auf, daß die Unwirksamkeit anderer EU-Maßnahmen, die das IKZM potentiell unterstützen könnten, möglicherweise aus der Art und Weise herrührt, in der sie in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden (oder auch nicht). Bei sonst gleichen Voraussetzungen ist das Problem umso größer, je mehr Verfügungsfreiheit den Mitgliedstaaten zugestanden wird: Es kann ein Konflikt zwischen der Subsidiarität und dem Erreichen eines integrierten Managements bestehen.

Sektorale EU-Politiken könnten das IKZM auch besser unterstützen, wenn sie sowohl ökologische (und soziale, kulturelle und wirtschaftliche) Bedürfnisse als auch die unterschiedlichen Bedürfnisse verschiedener räumlicher Gebiete voll berücksichtigten. Artikel 6 des Vertrags von Amsterdam verlangt, daß die Umwelt in alle anderen Politiken der Gemeinschaft integriert wird; spezifische Schritte zu seiner Erfüllung waren in den Schlußfolgerungen des Europäischen Rates von Cardiff im Juni 1998 enthalten. Die Studien des Demonstrationsprogramms zeigen jedoch, daß der Anwendung der Anforderung des Vertrags, daß die EU-Politiken regionale Unterschiede berücksichtigen sollten, viel weniger Aufmerksamkeit gewidmet wurde, obwohl mit dem Europäischen Raumentwicklungskonzept begonnen wurde, dieser Frage mehr Profil zu geben.

Schließlich lassen die Studien darauf schließen, daß bestimmte Politiken der Gemeinschaft die Ziele des IKZM im Bereich der Integration des Managements von Land und Meer besser unterstützen könnten, indem sie in Debatten über ihre Anwendung auf das Meer zur Klarstellung und Problemlösung beitragen.

Den Studien des Demonstrationsprogramms zufolge besteht die Notwendigkeit einer eingehenden Bestandsaufnahme der Politiken auf EU-Ebene und der Beziehungen zwischen EU-Politiken und Politiken auf anderen Verwaltungsebenen, um Möglichkeiten zur Förderung des IKZM zu erkennen. Zumindest muß unbedingt gewährleistet werden, daß die EU-Politik die Anwendung des IKZM nicht behindert!

Im Kontext des Demonstrationsprogramms wurde eine Vorprüfung durchgeführt (siehe Kapitel 6 des zugehörigen technischen Dokuments „Schlußfolgerungen aus dem Demonstrationsprogramm der Europäischen Kommission zum integrierten Küstenzonenmanagement (IKZM)“ und auch den Abschlußbericht für die thematische Studie „EU-Politiken“). Diese Vorprüfung behandelt die offiziellen legislativen Politiken der EU sowie laufende Initiativen wie die Arbeiten zur Raumplanung, die die Kommission seit vielen Jahren in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten durchführt. Für eine eingehendere Überprüfung wird jedoch eine konzertierte Aktion aller Kommissionsdienststellen in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stellen in den Mitgliedstaaten auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene erforderlich sein.

Neben der Überprüfung, wie bestimmte Politikbereiche das IKZM besser unterstützen könnten, gibt es einige politische Optionen, die in jeder einzelnen von einer Reihe von bestehenden Politiken und Instrumenten umgesetzt werden könnten. Hierzu gehören:

- Ankurbelung von Tätigkeiten auf der Ebene der „regionalen Meeresgebiete“.
- Fortführung oder Ausdehnung der Unterstützung für Demonstrationstätigkeiten, insbesondere solcher mit Fischereikomponente;

- Einführung eines „Labels“ für das gute Küstenzonenmanagement; dies könnte dem Modell der Auszeichnung „Lebensfähige Städte“ entsprechen oder einer durch Einzelpersonen und Organisationen in den Küstenzonen zu unterzeichnenden Charta, wie der „Charta für umweltverträglichen Tourismus“;
- Aufnahme von Tätigkeiten zur Bewußtseinsbildung in bezug auf die günstigen Auswirkungen der Einführung des IKZM;
- Förderung der Einführung IKZM-freundlicher Technologien, der Partizipation und koordinierter Informationsströme auf regionaler und lokaler Ebene sowie zwischen den Ebenen, durch entsprechende Bedingungen für die Gewährung von Finanzmitteln;
- Gewährung von Unterstützung (technisch und methodologisch) für Länder, die mit der Entwicklung eines politischen Rahmens für Küstengebiete beschäftigt sind;
- Verbreitung strukturierter Informationen über die gute Praxis im IKZM, um sicherzustellen, daß die begrenzte Sachkenntnis im IKZM nicht verlorengeht. Das Demonstrationsprogramm hat einen Beitrag in dieser Richtung geliefert. Die Weiterentwicklung einer IKZM-Webseite, die Entwicklung eines Support Center, oder sogar die Einrichtung eines „Beratungsgremiums“, könnten Mechanismen für die Zukunft sein;
- Die Entwicklung eines „Modellvertrags“ zwischen Partnern in einer IKZM-Initiative wäre eine Hilfe bei der Verstärkung und Standardisierung der Tätigkeiten;
- Transparente, strategische Beurteilung der Auswirkungen (ökologisch, sozioökonomisch und räumlich) von politischen Entscheidungen, mindestens bis auf die regionale Ebene hinab;
- Sicherstellen, daß die treibende Kraft für die Entwicklung der Politik die Suche nach einer Harmonie und Synergie zwischen Top-down- und Bottom-up-Konzepten ist, die an individuelle Fragen und Probleme angepaßt werden;
- Förderung der Verbreitung gezielter Informationen und Kenntnisse;
- Aufrechterhaltung der Triebkraft laufender IKZM-Projekte.

Das IKZM-Demonstrationsprogramm ist ein gutes Beispiel dafür, wie relativ geringe Finanzmittel, aus bestehenden Programmen und Haushaltlinien, für die Ankurbelung von IKZM-Tätigkeiten auf regionaler und lokaler Ebene eingesetzt werden können.

Die abschließenden Schlußfolgerungen des Demonstrationsprogramm werden angeben müssen, welche dieser Optionen, wenn überhaupt, zweckdienlich sind.

KOM 95/511 behandelte nicht speziell die Probleme im Zusammenhang mit der Abstimmung der EU-Politik auf die Bedürfnisse und Bedingungen spezifischer Kontexte. Das Demonstrationsprogramm hat dies jedoch als wichtige Frage hervorgehoben. **Durch Ergänzung der Politiken der Gemeinschaft um eine stärkere räumliche Dimension könnte ein Beitrag zur Förderung der Anpassung einzelner EU-Politiken an die Bedürfnisse bestimmter Küstengebiete geleistet werden.**

Zu den Schlüsselfragen, über die bei der Untersuchung, wie dieses Ziel erreicht werden könnte, entschieden werden muß, gehören folgende:

- Die Regionalisierung (und die Definition von Raumeinheiten) unterscheidet sich zwischen verschiedenen EU-Politiken, was ihre Integration schwierig macht.
- Sollte die Festlegung von Regionen auf EU-Ebene beschlossen werden, oder sollte sie dem Ermessen der Mitgliedstaaten überlassen bleiben?
- Sollte die regionale Differenzierung fakultativ (wie bei derzeitigen Umweltschutzprogrammen im Bereich der Landwirtschaft) oder obligatorisch sein? Im erstgenannten Fall wären die Möglichkeiten für eine bessere Integration uneinheitlich.
- Die Notwendigkeit zur Festlegung des richtigen Grades der Regionalisierung, um die differenzierte Anwendung der Rechtsvorschriften der Gemeinschaft mit den Erfordernissen des Binnenmarkts in Einklang zu bringen. Wer sollte dies überwachen?

In einigen traditionell zentralisierten Politikbereichen besteht eine Tendenz zu stärkerer

Regionalisierung. Die Vorschläge der Agenda 2000 für eine Reform der GAP bieten größeren Spielraum für eine Differenzierung durch direkte Einkommensbeihilfen für Landwirte, möglicherweise gekoppelt an die Anwendung von Umweltschutzbedingungen. Im Bereich der Energie schlägt die vor kurzem veröffentlichte Mitteilung der Kommission „Energie für die Zukunft: Erneuerbare Energieträger – Weißbuch für eine Gemeinschaftsstrategie und Aktionsplan (KOM [97] 599, 26.11.97)“ eine Verdopplung des Anteils der erneuerbaren Energieträger auf 12 Prozent des Energiebedarfs in der EU vor – eine Festlegung, die sich für die Erstellung regionaler Aktionspläne durch die Mitgliedstaaten eignen würde.

Es ist wesentlich, daß sich die in Kapitel 2 dieses Dokuments aufgeführten allgemeinen Prinzipien für gutes Management der Küstengebiete in allen neu vorgeschlagenen Maßnahmen der EU widerspiegeln.

4.3 SEKTORÜBERGREIFENDE KOORDINIERUNG

Wie bereits angemerkt, enthält der Vertrag Anforderungen in bezug auf die Integration sowohl von Umweltfragen als auch des Prinzips der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion in andere Politiken. In ähnlicher Weise, und ebenfalls von Bedeutung für das IKZM, gibt es die Anforderung der Integration von Beschäftigungszielen in andere Politiken. Trotz dieser Integrationsanforderungen ist die EU-Politik jedoch häufig noch immer sektorspezifisch. Sogar in Politikbereichen, in denen in den letzten Jahren starke Integrationsbemühungen unternommen wurden, bedeutet der Faktor der zeitlichen Verzögerung, daß die Ergebnisse vor Ort noch nicht in jedem Fall erkennbar sind.

Zu den anstehenden Koordinierungsfragen gehören die Wechselbeziehungen zwischen Managementplänen für Flußeinzugsgebiete gemäß der vorgeschlagenen Rahmenrichtlinie Wasser, Managementplänen für Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung gemäß der Habitat-Richtlinie und integrierten Plänen für regionale und ländliche Entwicklung gemäß den Verordnungen über die Strukturfonds für die Zeit nach dem Jahr 2000.

Zur Erreichung „integrierter“ Ziele sind Mechanismen für eine verbesserte Koordination von EU-Politiken und zahlreichen Instrumenten erforderlich. Diese Notwendigkeit wurde auf den Workshops zur Umsetzung des IKZM in Göteborg im Oktober 1998 in der einleitenden Rede zum IKZM von Frau Langerhagen (MEP) hervorgehoben; in dieser Rede verlangte sie eine Formalisierung der derzeitigen dienststellenübergreifenden Zusammenarbeit zu Küstenregionen innerhalb der Kommission.

Zu den möglichen Mechanismen hierfür gehören:

- Förderung des informellen Informationsaustauschs zwischen Dienststellen und kommissionsinterne Seminare (GD-übergreifend), um Beamte aller Ebenen für den Zusammenhang ihrer Politikbereiche mit denjenigen anderer Dienststellen zu sensibilisieren.
- Koordinierte externe Verbreitung von Informationen
- Koordinierung der Anforderungen in bezug auf die Vorlage von Daten
- Verlagerung dienststellenübergreifender Konsultationen auf frühere Stadien des politischen Entwicklungsprozesses
- Formale Memoranda of Understanding zwischen Dienststellen

Es ist noch darüber zu entscheiden, welche dieser Mechanismen zweckdienlich wären, wenn überhaupt.

Das Demonstrationsprogramm hat gezeigt, daß gemeinsame, GD-übergreifende Tätigkeiten zur Unterstützung von IKZM-Initiativen einen idealen Rahmen für die Ausrichtung dienststellenübergreifender Zusammenarbeit und Integration bieten. Es ist jedoch hervorzuheben, daß eine solche Zusammenarbeit nur mit angemessener politischer Unterstützung von der Spitze der Hierarchie, mit angemessener Bereitstellung von Zeit und Ressourcen für ihre Umsetzung und mit voller Unterstützung durch die anderen europäischen Institutionen, insbesondere den Rat und das Parlament, Erfolg haben wird.

Für einige EU-Politiken (beispielsweise die Strukturfonds, Umweltschutzprogramme im Bereich der Landwirtschaft, Ausweisung von nitratgefährdeten Gebieten sowie regionale und städtische Energiemanagementprogramme) gibt es bereits Spielraum für eine differenzierte regionale Umsetzung. Dies bietet die Möglichkeit der Integration dieser Politiken auf regionaler/lokaler Ebene.

Wenige der Demonstrationsprojekte haben Möglichkeiten zur Integration der EU-Politik auf regionaler oder lokaler Ebene genutzt. Die thematischen Studien des Demonstrationsprogramms lassen darauf schließen, daß der Fehler häufig bei einzelstaatlichen Behörden liegt, die niedrigere Verwaltungsebenen nicht unterrichtet haben. Devon, Cornwall und Storstrøm gehören zu den wenigen Projekten, die gut entwickelte Verbindungen zu den Programmbegeleitausschüssen der Strukturfonds zu haben scheinen.

Im Einklang mit der Entwicklung zu verstärkter Anwendung des Subsidiaritätsprinzips könnten nationale, regionale und lokale Verwaltungen darin bestärkt werden, eine aktivere Rolle bei der Koordinierung der Anwendung der EU-Politik zu übernehmen.

4.4 EIN RECHTLICHER RAHMEN?

Die vorausgehenden Abschnitte haben veranschaulicht, daß durch Einsatz bestehender Instrumente, sektoraler Politiken und Initiativen oder durch die Gewährleistung einer besseren Koordinierung zwischen diesen sektoralen Politiken viel zur Förderung des IKZM auf europäischer Ebene getan werden könnte.

Ist dies genug? Oder erfordert eine europäische Strategie für das IKZM auch einen spezifischen Rechtsakt auf europäischer Ebene? Wenn die Notwendigkeit eines solchen Rechtsaktes besteht, was sollte er behandeln? Welche Form sollte er haben – eine Verordnung? eine Richtlinie? eine Empfehlung? eine Entscheidung?

Die Vielfältigkeit der Rechtssysteme der Mitgliedstaaten und die Palette möglicher Strukturen für eine Veränderung legen nahe, daß die

Europäische Union nicht versuchen sollte, zu präskriptiv zu sein. Ferner muß jede Intervention mit der rechtlichen Zuständigkeit der EU und dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang stehen. Gemäß Artikel 189 des Europäischen Vertrags steht eine Reihe von Rechtsakten zur Verfügung, unter anderem Richtlinien, Verordnungen und Entscheidungen, die jeweils sowohl Vorteile als auch Nachteile haben. Für die Umsetzung einer EU-Strategie für das IKZM könnte eine Kombination dieser Rechtsakte eingesetzt werden.

Richtlinie: Eine Richtlinie ist für die Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich und bietet folglich den Vorteil der Durchsetzbarkeit im Rechtswege. Sie wäre jedoch politisch am schwierigsten zu vereinbaren. Eine Richtlinie kann nicht allzu allgemein gehalten sein, da die Erfüllung ihrer Anforderungen überprüfbar sein muß. Eine Richtlinie müßte jedoch hinreichend allgemein gehalten sein, damit das Subsidiaritätsprinzip ihre Umsetzung bestimmen kann.

Entschließung des Rates – Ein Orientierungskodex: Ein Orientierungskodex ist der flexibelste Mechanismus für das IKZM, da ihm aber die Rechtsverbindlichkeit fehlt, ist seine Umsetzung vom politischen Willen abhängig und kann nicht gewährleistet werden. Andererseits können Empfehlungen, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind, überzeugender gemacht werden, wenn sie von finanziellen Anreizen begleitet werden.

Entscheidung: Eine Entscheidung des Rates ist für diejenigen Verwaltungen (normalerweise bestimmte Mitgliedstaaten), an die sie gerichtet ist, rechtsverbindlich.

Da es eine solche Vielfalt rechtlicher Strukturen und rechtlicher Probleme (manche allgemein, andere individuell) in den Küstenzonen europäischer Staaten gibt, müssen die Mechanismen für das IKZM, die letztendlich von der Europäischen Union gewählt werden, gegenü-

ber den rechtlichen Unterschieden zwischen diesen Staaten aufgeschlossen sein und die Möglichkeit bieten, daß jeder dieser Staaten die am besten geeigneten Konzepte anwenden kann.

Zweifellos müssen europäische Rechtsvorschriften mit den Verträgen der Europäischen Union in Einklang stehen. Sie müssen auch für die Mitgliedstaaten und die europäischen Bürger politisch akzeptabel sein.

In diesem Abschnitt werden verschiedene Elemente vorgeschlagen, die möglicherweise in derartige Rechtsvorschriften aufgenommen werden könnten.

4.4.1 Maßnahmen auf europäischer Ebene:

Der Ausgangspunkt europäischer Rechtsvorschriften zum IKZM sollte logischerweise eine Festlegung der europäischen Institutionen auf die Ziele und Zielsetzungen des IKZM sein, in der hervorgehoben wird, welche Bedeutung das Ergreifen dieser Maßnahmen für die Einleitung des IKZM-Prozesses hat, im Hinblick auf die Förderung nachhaltiger und dauerhafter mittel- und langfristiger sozialer und wirtschaftlicher Nutzaspekte. Spezifische IKZM-Rechtsvorschriften könnten dann Maßnahmen auf europäischer Ebene zur Umsetzung des IKZM initiieren; zu diesen spezifischen Maßnahmen könnten einige der in den Abschnitten 4.1 bis 4.3 dieses Dokuments dargelegten Ideen gehören. Eine eventuelle Änderung sektoraler EU-Politiken würde gesonderte Rechtsakte erfordern.

4.4.2 Maßnahmen auf nationaler/regionaler/lokaler Ebene:

Neue Rechtsakte könnten an die Mitgliedstaaten gerichtete Empfehlungen oder Anforderungen enthalten. Zu den Elementen, die möglicherweise enthalten sein könnten, gehören unter anderem:

- Verabschiedung einer Erklärung zum Ziel / zur Philosophie / zur Festlegung auf das IKZM in allen Politiken, die sich auf die Küstengebiete auswirken, in der nochmals die Festlegung auf die ordnungsgemäße Umsetzung und Durchsetzung bestehender Rechtsvorschriften zur Unterstützung des IKZM bestätigt wird;
- Festlegung einer nationalen Definition / Identifikation von Küstenzonen, die sowohl Land- als auch Meerelemente umfaßt;
- Festlegung oder Verabschiedung einer Definition der Bestandteile der IKZM-Tätigkeit;
- Berichterstattung über den Zustand von Küstenzonen und über den Fortschritt in Richtung des IKZM;
- Verbesserte Kommunikation und Ideenaustausch zwischen verschiedenen Fachbereichen der Verwaltung mit Zuständigkeiten in den Küstenzonen;
- Verstärktes Engagement auf nationaler und regionaler Ebene zur Verbesserung des Informationsflusses zu den regionalen und lokalen Verwaltungen über EU-Politiken, Programme und Möglichkeiten in den Küstenzonen;
- Entwicklung eines Konsultations-/Partizipationsmechanismus, der alle Interessenten an einer IKZM-Tätigkeit einbezieht;
- Langfristige Beurteilung von Erfordernissen in Verbindung mit eventuellen Entwicklungstätigkeiten in den Küstenzonen;
- Prüfung rechtlicher Rahmenbedingungen und Beurteilung der Vereinbarkeit sektoraler Rechtsakte auf jeder Verwaltungsebene innerhalb der Mitgliedstaaten (und zwischen den Ebenen). Dies könnte den Einsatz des Konzepts der strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung zur Beurteilung bestehender sektoraler Politiken (z. B. des Steuersystems) und ihrer Auswirkungen auf die Bodennutzung umfassen, unter besonderer Berücksichtigung der Küstenregionen;
- Nationale Reflexion über die für die Erfüllung nationaler Erfordernisse für das IKZM am besten geeigneten Mechanismen, beispielsweise nationale Pläne für das Management der Küstengebiete, Einrichtung einer nationalen Stelle / eines Koordinierungszentrums für das IKZM, Koordinierung von Gesetzen, oder nicht verbindliche Projekte;
- Entwicklung oder Änderung von Rechtsvorschriften oder anderen Instrumenten, um die Kooperation zwischen verschiedenen Ebe-

nen und Fachbereichen der Verwaltung zu ermöglichen: grenzübergreifend, regionsübergreifend, ebenenübergreifend und Land/Meer; und/oder

- Änderung von Rechtsvorschriften, um die Übertragung, oder Dezentralisierung, der Verantwortung für Sektoren, die derzeit national zentralisiert sind (z. B. Fischerei) an Kommunalbehörden zu ermöglichen.

- Klarstellung der Funktion, die Einrichtungen für die Kontrolle und Regelung der Raumplanung und der Bodennutzung, Zukunftsplanungssysteme sowie Systeme der Eigentumsregistrierung im Zusammenhang mit dem IKZM haben.

5 *QUELENNACHWEIS*

Die bei der Erarbeitung dieses Dokuments verwendeten Quellen finden Sie unter den Titeln auf der Seite „ICZM Bibliography“ der Webseite des Demonstrationsprogramms

<http://europa.eu.int/comm/environment/iczm/home.htm>

Unsere Webseite (in Englisch) enthält auch weitere Informationen über jedes Demonstrationsprojekt, mit den Namen der Kontaktpersonen und Links zu den Webseiten der Projekte (falls verfügbar). Die Berichte zu den sechs thematischen Studien werden nach ihrer Fertigstellung ebenfalls auf dieser Webseite bereitgestellt. Leser ohne Zugang zum Web können Papierkopien dieser Seiten anfordern.

ANHANG I

LEITLINIEN FÜR DIE KONSULTATION

Schriftliche Stellungnahmen von interessierten Einzelpersonen oder Organisationen zu diesem Dokument sind willkommen. Sie sind zu richten an:

Herrn Bruno Julien
GD XI-D-2
Europäische Kommission
Rue de la Loi, 200
1049 Brüssel
BELGIEN

Oder per E-Mail an Anne Burrill unter anne.burrill@cec.eu.int; Zuschriften per E-Mail sind besonders willkommen.

Der letzte Termin für den Eingang von Stellungnahmen ist der 30. September 1999.

Um zu gewährleisten, daß die Mitarbeiter der Kommission die Ressourcen für die ordnungsgemäße Berücksichtigung aller Beiträge haben, sollten die Stellungnahmen auf **zwei** gedruckte Seiten begrenzt werden. Längere Beiträge werden möglicherweise nicht geprüft werden.

Besonders willkommen sind uns Stellungnahmen, die:

- speziell die in diesem Dokument dargelegten (oder übergangenen) Ideen behandeln, insbesondere die durch Fettdruck markierten.
- einen Beitrag zur Definition der Rolle der Europäischen Union beim Küstenzonenmanagement leisten
- konkrete Beispiele zur Unterstützung Ihrer Empfehlungen oder Vorschläge enthalten, gegebenenfalls unter Verweisung auf andere Dokumente.

Bitte beachten Sie, daß von Ihnen eingesandte Stellungnahmen als nicht vertraulich betrachtet und möglicherweise zitiert und/oder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

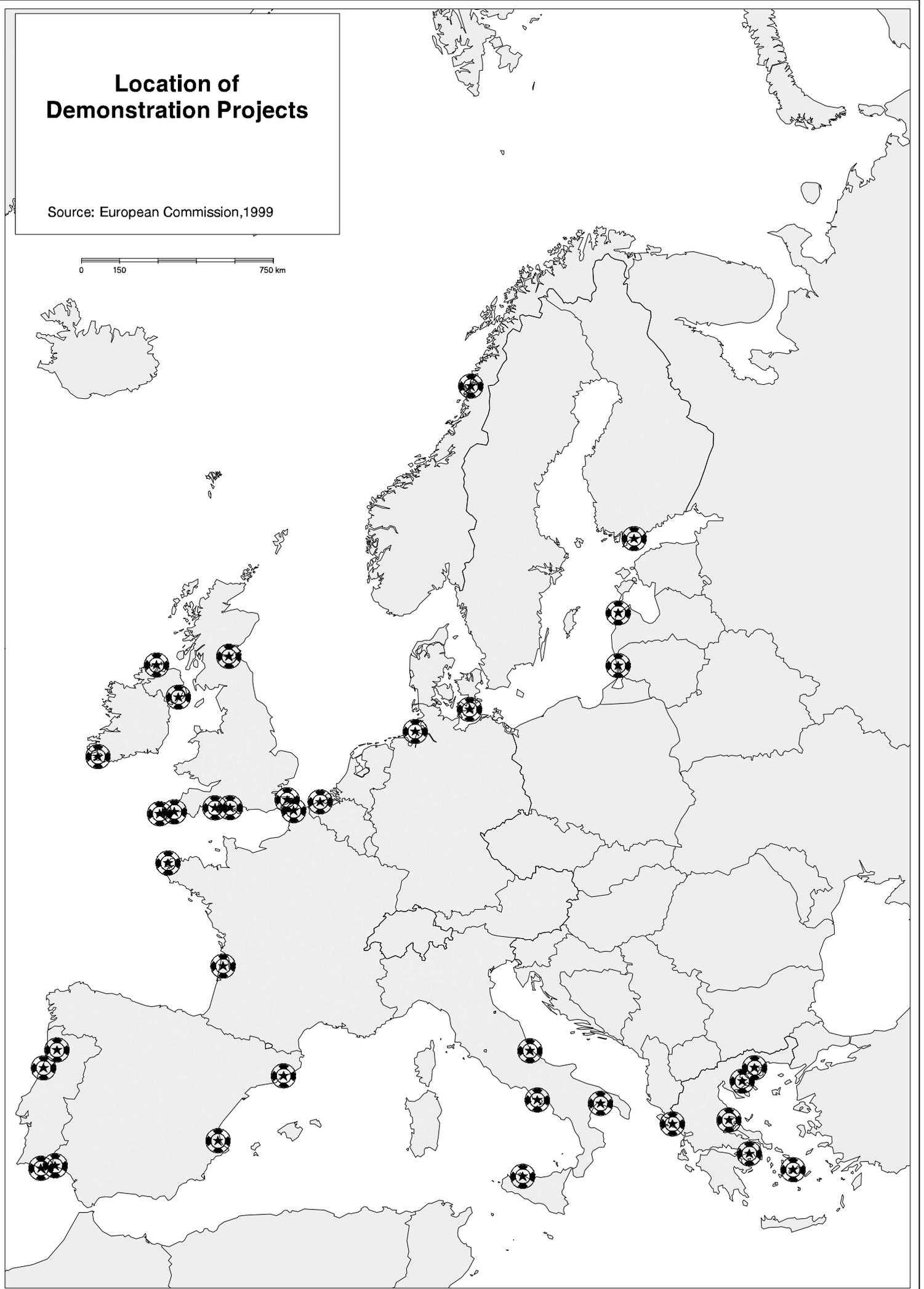
ANHANG II

LAGE VON DEMONSTRATIONSPROJEKTEN

Location of Demonstration Projects

Source: European Commission, 1999

0 150 750 km



ANHANG III

TYPOLOGIEKARTEN

- A) Bodennutzung**
- B) Grad der Urbanisierung**
- C) Veränderung der Bodennutzung**
- D) Fragmentierung natürlicher Lebensräume**
- E) Gebiete von großer Bedeutung für den Naturschutz**
- F) Küstengeomorphologie und Hangklasse**
- G) Küstenerosion / Landzuwachsrate und Vorhandensein von Küstenschutzanlagen**
- H) Durchschnittliche Einkommensniveaus**
- I) Tourismus und Fischerei**
- J) Bevölkerungswandel**
- K) Struktur der Bevölkerung**

Europäische Kommission

**Eine europäische Strategie für das integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM)
Allgemeine Prinzipien und politische Optionen**

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften

1999 — 32 S. — 21 x 29,7 cm

ISBN 92-828-6461-8



AMT FÜR AMTLICHE VERÖFFENTLICHUNGEN
DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

L-2985 Luxembourg
